

10. Diese Vereinbarung wird in deutscher, chinesischer und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des chinesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Falls sich die Regierung der Volksrepublik China mit den unter den Nummern 1 bis 10 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Konrad Seitz

Seiner Exzellenz
dem Vizeminister für Außenhandel
und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Volksrepublik China
Herrn Long Yongtu
Peking

**Bekanntmachung
der deutsch-chinesischen Vereinbarung
über die Einrichtung eines örtlichen Büros
der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)**

Vom 4. Mai 2021

Die Vereinbarung in Form eines Notenwechsels zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über die Einrichtung eines örtlichen Büros der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 11. März 1999

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 4. Mai 2021

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Klaus Supp

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Peking, den 11. März 1999

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Ausführung des Abkommens vom 13. Oktober 1982 zwischen unseren beiden Regierungen über Technische Zusammenarbeit folgende Vereinbarung über die Einrichtung eines örtlichen Büros der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Zusammenhang mit der Durchführung von Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit, mit denen die KfW von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt ist, vorzuschlagen:

1. Mit dem Ziel, die Entwicklungszusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu unterstützen, vereinbaren die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Volksrepublik China die Einrichtung des örtlichen Büros der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Peking – im Folgenden als „KfW-Büro“ bezeichnet.
2. Dem KfW-Büro werden folgende Aufgaben übertragen:
 - a) Unterstützung der Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit in allen Angelegenheiten der Projektdurchführung;
 - b) Wahrnehmung übergreifender fachlicher und administrativer Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung von Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit, mit denen die KfW von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt ist;
 - c) Wahrnehmung projektübergreifender landesbezogener Aufgaben;
 - d) Vertretung der KfW vor Ort.
3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erbringt folgende Leistungen:

Sie

 - a) trägt alle Investitions- und Betriebskosten für das KfW-Büro;
 - b) übernimmt die Kosten der zur Durchführung der Aufgaben des KfW-Büros entsandten Lang- und Kurzzeitfachkräfte sowie für die vom Büro eingestellten Ortskräfte.
4. Die Regierung der Volksrepublik China erbringt folgende Leistungen:

Sie

 - a) befreit Lieferungen von Material und Fahrzeugen für das KfW-Büro von Lizenzen, Hafen-, Ein-, Ausfuhr- und sonstigen öffentlichen Abgaben sowie von Lagergebühren und stellt sicher, dass das Material unverzüglich entzollt wird. Die vorstehenden Befreiungen gelten auf Antrag des KfW-Büros auch für in der Volksrepublik China beschafftes Material;
 - b) unterstützt Anträge des KfW-Büros auf:
 - Einrichtung von Telekommunikationsanschlüssen einschließlich Funk- und Satellitenverbindungen;
 - Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen für das entsandte Personal sowie Arbeitsgenehmigungen für Ortskräfte des Büros;
 - c) gewährt den entsandten Fachkräften und den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern alle Rechte nach Maßgabe des eingangs erwähnten Abkommens vom 13. Oktober 1982.
5. Das für das KfW-Büro gelieferte Material einschließlich der Fahrzeuge bleibt im Eigentum der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Es geht bei Auflösung des Büros in das Eigentum der Volksrepublik China über.
6. Benennung der Durchführungsorganisationen:
 - a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erbringt ihre Leistungen für die Aufgaben des KfW-Büros durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt.
 - b) Die Regierung der Volksrepublik China beauftragt als Ansprechpartner der KfW das Finanzministerium.
7. Diese Vereinbarung gilt für einen Zeitraum von 3 Jahren und verlängert sich jeweils um 2 weitere Jahre, soweit sie nicht von einer der Vertragsparteien 6 Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.
8. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens über Technische Zusammenarbeit vom 13. Oktober 1982 auch für diese Vereinbarung.
9. Diese Vereinbarung wird in deutscher, chinesischer und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und chinesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Falls sich die Regierung der Volksrepublik China mit den unter den Nummern 1 bis 9 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Hans-Christian Ueberschaer

Seiner Exzellenz
dem Vizeminister des Ministeriums für Finanzen
der Volksrepublik China
Herrn Jin Liqun
Peking

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen
in seiner geänderten Fassung**

Vom 10. Mai 2021

Das Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner durch das Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens geänderten Fassung (BGBl. 2015 II S. 966, 967, 986) wird nach seinem Artikel 28 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel VIII Absatz 5 des Protokolls für

Eswatini* am 1. Juli 2021
nach Maßgabe von Erklärungen zu Anlage A und B des Übereinkommens
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. April 2021 (BGBl. II S. 435).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, zu dem Protokoll sowie zu den Mehrseitigen Vereinbarungen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Das Gleiche gilt für die Angaben zu den Anlagen A, B und C zu dem Übereinkommen. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 10. Mai 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick